

9/1996

Peter Hintze zu den bayerischen Kommunalwahlen

Niederlage für Rot-Grün

Das CDU-Präsidium hat sich auf der Sitzung am 11. März im Bonner Konrad-Adenauer-Haus ausführlich mit den Ergebnissen der Kommunalwahlen in Bayern befaßt. Auf einer Pressekonferenz erklärte Generalsekretär Peter Hintze, die Ergebnisse in Bayern signalisierten deutlich einen Trend „weg von Rot-Grün“. Hervorzuheben sei das gute Ergebnis für die CSU in München und das geradezu sensationelle Abschneiden in Nürnberg, einer sozialdemokratischen Hochburg.

Die klare Absage der Wähler und Wählerinnen in Bayern an Rot-Grün sei auch ein deutliches Signal für die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Für die bevorstehenden Wahlen werde die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend sein. Die Arbeitnehmer sähen in einer rot-grünen Koalition offensichtlich eine Gefahr für ihre Arbeitsplätze. Das sei ganz besonders bei dem Wahlergebnis in Schweinfurt zum Ausdruck gekommen. Hinzu komme das abschreckende Bild der rot-grünen Regierung in Düsseldorf.

Peter Hintze wörtlich: Die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung wird auch die Unionsstrategie in der Schlußphase der Drei-Länder-Wahl am 24. März bestimmen. Wir halten für das wahlentscheidende Thema, daß wir jetzt alle Kräfte darauf konzentrieren, den Standort Deutschland wettbewerbsfähig zu

HEUTE AKTUELL

● Flugblatt

Wo Rot-Grün regiert, wird die Wirtschaft vertrieben, werden Arbeitsplätze vernichtet. Seite 3

● Renten

Auch 1996 steigen die Renten in West und Ost. Seite 7

● Agrarbericht

Silberstreif am Horizont. Seite 11

● Gesundheitsreform

Bundesminister Horst Seehofer zur Finanzentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung. Seite 12

● Frauenpolitik

Mehr Gleichberechtigung und Chancengleichheit. Seite 15

● Europa

Erweiterung der EU bleibt auf der Tagesordnung. Seite 19

● Öffentlichkeitsarbeit

Neu im Angebot: Umwelt-Illustrierte „Schöpfung bewahren“, Terminkalender für die Fußball-Europameisterschaft in England und eine neue Wandzeitung. Seite 25/28

Fortsetzung auf Seite 2

Endzeitstimmung und tiefe Resignation zwei Jahre nach der Landtagswahl

„Endzeitstimmung und tiefe Resignation“ kennzeichnen nach Auffassung des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Christian Wulff, heute – genau zwei Jahre nach der Landtagswahl in Niedersachsen vom 13. März 1994 – den Zustand der Schröder-Regierung und der ihr willfährig folgenden SPD-Landtagsfraktion.

„Höchste Arbeitslosigkeit und höchste Verschuldung, die schlimmsten Verbrechenszahlen und die größte Unter-

richtskatastrophe in der Geschichte des Landes sind die Markenzeichen dieser Regierung geworden“, sagte Christian Wulff. Die Bilanz in nackten Zahlen: jeden Tag haben im letzten Jahr 150 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren jeden Tag macht die Schröder-Regierung 10 Millionen Mark neue Schulden; jeden Tag werden 1.639 Menschen Opfer von Straftaten; jeden Tag fehlen unseren Kindern 10.000 Unterrichtsstunden für ihre Zukunft.

halten, die Wirtschaft zu stärken, Investitionen zu fördern, Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es besteht die gute Chance, daß wir auch im Jahr 1996 trotz der schwierigen Daten insgesamt wieder eine gute wirtschaftliche Entwicklung haben werden. Es besteht weiter die Chance, daß wir von den hohen Arbeitslosenzahlen wieder herunterkommen, wenn jeder in seinem Verantwortungsbereich das richtige tut. Entscheidend ist aus unserer Sicht, daß Gewerkschaften und Arbeitgeber das Bündnis für Arbeit angehen und umsetzen.

**Das Gebot der Stunde lautet:
Sicherung des Wirtschaftsstandortes, Sicherung der Konkurrenzfähigkeit, Sicherung der Arbeitsplätze.**

In diesem Zusammenhang möchte ich ein kritisches Wort zu den Tarifforderungen sagen, die jetzt in den Raum gestellt worden sind. Tarifforderungen von fünf bis sechs Prozent sind fatale Signale. Auch die geforderten 3,5 Prozent für die Beamten sind zuviel. Solche Tarifforderungen gefährden Arbeitsplätze. Zurückhaltung

zugunsten von mehr Wettbewerbsfähigkeit und höherer Arbeitsplatzsicherheit ist das Gebot der Stunde. Wir erwarten von Gewerkschaften und Arbeitgebern, daß sie sich darauf verständigen.


Eine Bemerkung zum Stichwort „Koalition“. Die CDU steht in Treue fest zur Koalition mit der FDP. Trotzdem werden wir in diesem Wahlkampf in allen drei Ländern um jede Stimme kämpfen. Es gibt keine Leihstimmen, für den Koalitionspartner. Die CDU will alle Stimmen, und das werden wir in den Wahlkämpfen deutlich machen. Die FDP muß es aus eigener Kraft schaffen. Nur durch eine Ausweitung des Stimmenpotentials können wir den Erfolg erzielen und nicht dadurch, daß CDU-Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen an andere Parteien abgeben.


Deswegen dieses klare und eindeutige Signal in der Schlußphase des Wahlkampfes. Alle führenden Bundesredner kämpfen mit den drei Landesverbänden für einen Erfolg der CDU. An der Spitze der Bundeskanzler, der auch in diesem Wahlkampf wieder einen großen persönlichen Einsatz leistet.


Wo Rot-Grün regiert,

- wird die Wirtschaft vertrieben; - werden Arbeitsplätze vernichtet!


»Na ja«, sagt so mancher, »so schlimm wird es schon nicht kommen.« Das haben viele in Nordrhein-Westfalen auch geglaubt. Und das waren die Folgen:


 Rot-Grün hat in Nordrhein-Westfalen zahlreiche wichtige Straßenbauprojekte gekippt - so z. B. den Bau bzw. Weiterbau der A 44, der A 4, der A 33, der A 542, der A 565. Straßenbauinvestitionen in Höhe von insgesamt 2,3 Mrd. DM werden so verhindert. Tausende von Arbeitsplätzen gehen allein im Tiefbau verloren.

 Das Luftfrachtunternehmen TNT verlagert seinen Standort von Köln nach Lüttich. Für die Kölner Region bedeutet dies einen Verlust von mindestens 600 Arbeitsplätzen. Grund: das von Rot-Grün diskutierte Nachtflugverbot am Köln/Bonner Flughafen. Grüne Landtagsabgeordnete hatten dem Unternehmen in einem Brief sogar mit Demonstrationen und Widerstand gedroht. Der Betriebsrat von TNT hat keinen Zweifel daran gelassen, wer die Schuld am Weggang des Unternehmens trägt: „Ausschlaggebend war die Politik der Grünen.“

 Seit Wochen zankt sich die rot-grüne Koalition um den Ausbau des Regionalflughafens Dortmund. Auch in diesem Fall stehen viele Arbeitsplätze auf dem Spiel. Ein Beispiel von vielen: Das Flugunternehmen „Eurowings“

kündigte an, falls die Startbahn in Dortmund nicht ausgebaut werde, sei das Unternehmen „gezwungen, sich mittelfristig einen anderen Standort zu suchen“.

 Durch den Streit in der rot-grünen Koalition wird der Braunkohlentagebau Garzweiler II blockiert. Nach einem Gutachten, das im Auftrag der nordrhein-westfälischen Landesregierung erstellt wurde, verbinden sich mit Garzweiler II rund 9000 Arbeitsplätze allein bei der Firma Rheinbraun, mittelbar sogar einige zehntausend Arbeitsplätze.

 Darüber hinaus würde ein Stopp von Garzweiler II zu einem Anstieg der Stromkosten von rund 8 Prozent führen. Energieintensive Branchen - wie die Stahl- oder Chemieindustrie - würden an kostengünstigere Standorte vertrieben. Und das schreibt die Presse:

„Rot-Grün hat bisher nichts zustande gebracht, sondern— siehe Flughafen Köln/Bonn – konkret geschadet.“ (Bonner Generalanzeiger, 6. März 1996)

**In Nordrhein-Westfalen zeigt sich:
Rot-Grün ist ein Bündnis gegen Arbeit!**

In Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz darf es nicht so weit kommen. Nur die Stimme für die CDU ist eine sichere Stimme gegen Rot-Grün.

Zukunft statt Rot-Grün!

Wußten Sie, daß

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein am kommenden Wochenende steht für die Menschen und ihre Arbeitsplätze viel auf dem Spiel. Das abschreckende Beispiel der Jobkiller-Koalition in Nordrhein-Westfalen zeigt es überdeutlich: Rot-Grün verspielt Zukunft, vertreibt Arbeitsplätze und verhindert wichtige Weichenstellungen.

● Nordrhein-Westfalen muß jetzt erleben, daß der SPD-Bundestagsabgeordnete und frühere IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe mit seiner Warnung vor rot-grüner Blockadepolitik recht behalten hat: „Rot-Grün ist eine tendenzielle Behinderung industriegesellschaftlicher Entscheidungen“ (Leipziger Volkszeitung, 17. 5. 1995).

● Die Neue Rhein-Zeitung titelte mit Blick auf die Düsseldorfer Dauerkrise: „Von Jobkillern und Totengräbern - das rot-grüne Trauerspiel“ (29. 2. 1996).

● Angesichts der Entscheidung des Frachtunternehmens TNT, wegen der verfehlten rot-grünen Flughafenpolitik 600 Arbeitsplätze von Köln/Bonn nach Lüttich zu verlagern, stellte der nordrhein-westfälische Wirtschafts- und Verkehrsminister Wolfgang Clement resigniert fest: „Wir sind angetreten, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Jetzt werden welche abgebaut“ (Focus, 4. 3. 1996).

● Clement brachte die Misere rot-grüner Wirtschafts-Verhinderungspolitik auf den Punkt: Auf die Frage, wie er angesichts des Düsseldorfer Debakels die rot-grüne Zukunft für Bonn sehe, antwortete er: „Sie wird bestimmt nicht per se kommen und auch dann nicht, wenn wir an der dramatischen Arbeitsmarktlage in Deutschland vorbeizielern und an dem industriepolitisch Erforderlichen vorbeireden“ (Focus, 4. 3. 1996).

● Jürgen Trittin, Bundesvorstandssprecher der Grünen, bezeichnete die überfälligen Entscheidungen von SPD und Grünen in NRW angesichts der gegenwärtigen Be-

schäftigungslage in einem Spiegel-Gespräch als „Banalitäten“ (Der Spiegel, 11. 3. 1996). Deutlicher kann man Hohn und Spott nicht über den Menschen ausgießen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten oder die ihn gar wegen rot-grüner Irwege in der Wirtschafts- und Infrastrukturalpolitik – siehe TNT – derzeit verlieren.

● Im Interesse der Menschen wünschte der Bonner Generalanzeiger der rot-grünen Clinch-Koalition in NRW lieber „ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“ und kommentierte: „Neun Monate ist Rot-Grün im Amt, Politik hat es in dieser Zeit so gut wie nicht gegeben, Selbstbeschäftigung wurde zur Daueraufgabe. (...) Rot-Grün hat

„Was Sie über rot-grüne

Koalitionen wissen sollten“

bisher nichts zustande gebracht, sondern – siehe Flughafen Köln-Bonn – konkret geschadet.“ Mit Blick auf die kommenden Wahlen setzte der Generalanzeiger hinzu: Für den Wähler sei „Rot-Grün insgesamt keine gute Alternative mehr. Nach den Erfahrungen aus Düsseldorf muß man hinzufügen: mit Recht“ (6. 3. 1996).

● Die Rheinische Post kommentierte treffend: „Rot/Grün - das zeigen die neuesten Bayern-Ergebnisse, und das bezeugen die Tollheiten der aktuellen Koalitionspolitik in NRW – ist eine zunehmend öde Allianz der Machtversessenheit und der Pflichtvergesenheit, ein großer Schritt rückwärts, weg von solider Zukunftssicherung. (...) Wo die fetten Jahre dahin sind, brechen magere Zeiten auch für politische Extravaganzen an, ob sie sich autofeindlich, flughafenfeindlich oder generell technikabhold kostümierten“ (12. 3. 1996).

Fazit: Rot-Grün ist eine Gefahr für die Zukunft. Am 24. März haben die Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein die Chance, in ihren Ländern diese Gefahr zu vermeiden.

Wirtschaftsforscher rechnen mit Belebung der Konjunktur:

Es wird insgesamt ein gutes Jahr!

Ein Ende der gegenwärtigen Konjunkturschwäche ist in Sicht. Die Wirtschaft wird auch 1996 wachsen. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) erwartet, daß die derzeitige Schwächephase Mitte des Jahres überwunden sein wird.

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen, so die Wirtschaftsforscher, haben sich verbessert:

- X** Die Deutsche Bundesbank konnte ihre Leitzinsen senken. Das ist gut für Investitionen.
- X** Die Preise werden auch in diesem Jahr stabil bleiben. Das ist die beste Sozialpolitik.
- X** Die Chancen für deutsche Exporte verbessern sich. Die D-Mark steht nicht mehr unter so starkem internationalen Druck.
- X** Wer wenig verdient, ist von der Steuer ganz befreit. Familien werden jetzt in einer Höhe gefördert wie nie zuvor. Das stärkt den privaten Verbrauch.

Die Prognosen der Wirtschaftsforscher belegen: Die Produktion belebt sich. Wir sind auf dem richtigen Weg. Jetzt geht es darum, diese Wachstumskräfte weiter zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Dies ist die wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre. Wir wollen, daß Deutschland ein Land mit moderner Wirtschaft, sicheren Arbeitsplätzen und hohem sozialen Niveau bleibt.



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

Jürgen Rüttgers:

Mittelstand und Handwerk gestärkt

Das „Meister-BAföG“ ist unter Dach und Fach. Der von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Gesetzentwurf wurde am 1. März in 2. und 3. Lesung im Bundestag beschlossen. Die Länder werden das Gesetz am 22. März im Bundesrat abschließend beraten.

Damit kann das „Meister-BAföG“ noch zum 1. Januar rückwirkend in Kraft treten. Das ist eine gute Botschaft für alle, die seit Jahresbeginn auf die Leistungen zur beruflichen Fortbildung warten. Wir stärken damit zugleich Mittelstand und Handwerk, die entscheidende Beiträge leisten können zur Schaffung zusätzlicher Lehrstellen und Arbeitsplätze.

Rund 90.000 Techniker und Meister-schüler pro Jahr erhalten zukünftig staatliche Leistungen. Das „Meister-BAföG“ entlastet den Arbeitsmarkt und schafft 60.000 neue Stellen. Für 700.000 kleine und mittelständische Unternehmen wächst die Chance, bis zum Jahr 2005 einen Betriebsnachfolger zu finden.

Die Koalition ist mit ihrem Erfolg beim „Meister-BAföG“ der Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung einen großen Schritt näher gekommen.

Das Bundeskabinett hat zudem jetzt den „Perspektivbericht Berufliche Bildung“ beschlossen. Damit nimmt die Bundesregierung eine neue Kursbestimmung in der Berufsbildungspolitik vor. Die Anstrengungen aller Beteiligten zur Schaffung zusätzlicher Lehrstellen sollen damit einen weiteren Impuls erhalten.

Und den brauchen wir, um auch in diesem Jahr jedem Jugendlichen, der das möchte, eine Lehrstelle zu sichern. Die Ausbildung

im Betrieb ist der Kern und das Erfolgsrezept der deutschen Berufsausbildung. Aber nur ein Drittel der Betriebe bilden aus. Die Gründe: Die Zeitannteile in der Ausbildung haben sich in Richtung Schule verändert, die Kosten für die Betriebe sind auch durch rechtliche Anforderungen gestiegen, die nicht mehr zeitgemäß sind. Ziel des „Perspektivberichtes Berufliche Bildung“ ist es, die Erfordernisse der Ausbildungsbetriebe stärker zu berücksichtigen.

Die Bundesregierung hält in diesem Zusammenhang folgende Maßnahmen für erforderlich:

- 1.** Die Länder müssen den Berufsschulunterricht flexibler organisieren. Lehrlinge sollen in Zukunft während eines größeren Teils ihrer Ausbildung an vier vollen Wochentagen im Betrieb sein.
- 2.** Die bisher einjährige Anrechnung des schulischen Berufsgrundschuljahres auf die betriebliche Ausbildungszeit soll auf sechs Monate verkürzt werden. Eine darüber hinausgehende Anrechnung bleibt möglich.
- 3.** Erwachsene Lehrlinge sollen zukünftig auch an Berufsschultagen noch in den Betrieb.
- 4.** Die Vorschrift über die Eignung der betrieblichen Ausbilder werden flexibilisiert. Wer nachweislich über die erforderlichen Qualifikationen verfügt, dem sollen formale Prüfungen sowie kostenträchtige und zeitaufwendige Vorbereitungslehrgänge erspart werden.

Norbert Blüm:

Auch 1996 werden die Renten in West und Ost steigen

Nach den vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Daten ist nun amtlich, was die Bundesregierung schon seit Monaten immer wieder gesagt hat: Auch am 1. Juli 1996 steigen die Renten in West und Ost. Die Renten folgen den Löhnen. Sie werden nach einem klaren gesetzlichen Maßstab entsprechend den Nettolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer angepaßt, dies ist in der Rentenreform 1992 mit großer Mehrheit im Deutschen Bundestag so beschlossen worden.

Im vergangenen Jahr sind nach den Daten des Statistischen Bundesamtes die Nettolöhne gestiegen, wenn auch nur gering. Deshalb werden auch die Renten zum 1. Juli 1996 erhöht. Es kommt nicht zu einer Rentenabsenkung, wie von manchen Medien und Teilen der Opposition in den vergangenen Wochen wider besseres Wissen behauptet wurde.

Die Renten steigen in den alten Bundesländern zum 1. Juli 1996 um 0,95 Prozent. Hiervon müssen die Rentner den erhöhten Beitrag zur 2. Stufe der Pflegeversicherung von 0,35 Prozent und einen erhöhten Beitrag zur Rentnerkrankenversicherung bezahlen, so daß sich der effektive Zahlbetrag der Renten im Westen um 0,46 Prozent erhöht.

In den neuen Ländern erfolgt die Anpassung der Renten erstmals entsprechend der Nettolohnentwicklung des Vorjahres. Hieraus ergibt sich ein Erhöhungsbetrag von 5,64 Prozent. Hierauf wird die bereits zum 1. Januar 1996 erfolgte Rentenerhöhung um 4,38 Prozent angerechnet. Nach Abzug dieser Erhöhung und des

höheren Beitrages zur Pflegeversicherung sowie des höheren KVdR-Beitrages ergibt sich eine Erhöhung des effektiven Zahlbetrages zum 1. Juli 1996 von 0,56 Prozent. Hierbei muß darauf hingewiesen werden, daß die Erhöhung sich nur auf den anpassungsfähigen Teil der Ostrenten bezieht und das Anpassungsvolumen zum Teil zur Abschmelzung der sogenannten Auffüllbeträge verwendet wird. Endgültig kann die Anpassung in den neuen Ländern zum 1. Juli 1996 erst umgesetzt werden, wenn das Gesetzgebungsverfahren zur Angleichung des Anpassungsverfahrens an das im Westen abgeschlossen ist.

Die Verbindung von Renten und Löhnen hat sich bewährt. Durch sie wird den Rentnern die Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung gesichert. Jung und Alt sind in einem Boot. So wird es auch in Zukunft sein. Im nächsten Jahr ist ebenfalls mit einer positiven Anpassung der Renten in West und Ost zu rechnen, die nach den derzeitigen Daten höher als die jetzt bevorstehende Anpassung ausfallen wird.

Personale

Die deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates haben auf ihrer Sitzung in London den CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus Bühler zum neuen Leiter der deutschen Delegation gewählt. Bühler tritt damit die Nachfolge seiner Fraktionskollegin Leni Fischer an, die Ende Januar zur Präsidentin des Europarates gewählt worden ist.

Bundeskabinett beschließt Gesetzentwurf für Altersteilzeit und gegen Frühverrentung

Das Bundeskabinett hat auf Vorschlag von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm den „Entwurf eines Gesetzes zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand“ beschlossen. Mit dem Gesetzentwurf werden die bereits am 14. Februar 1995 vom Kabinett gebilligten Eckpunkte zur Förderung der Teilzeitarbeit älterer Arbeitnehmer und zur Korrektur der Frühverrentungspraxis umgesetzt.

Blüm: „Die Bundesregierung setzt ihren Teil des mit den Sozialpartnern vereinbarten Bündnisses für Arbeit und zur Standortsicherung zügig um. Gut drei Wochen nach der Einigung beim Bundeskanzler legen wir den Gesetzentwurf für Altersteilzeit und gegen Frühverrentung vor. Jetzt kommt es darauf an, daß die Unternehmen sich unverzüglich in ihrer Personalpolitik und Planung auf die Neuregelungen einstellen. Zu lange sind zu viele ältere Arbeitnehmer vor allem aus Großbetrieben vorzeitig ausgeschieden. Das belastet nicht nur die Rentenversicherung, sondern auch das Selbstwertgefühl der älteren Arbeitnehmer. Ein Wandel dieser Praxis setzt einen Mentalitätenwechsel voraus: Die Betriebe brauchen ältere Arbeitnehmer. Ihr Wissen, ihr Können und ihre Erfahrung sind wertvoll und nützlich. Jetzt sind Einfallsreichtum und Phantasie bei Unternehmensleitungen und Betriebsräten gefragt, Altersteilzeit gegen Frühverrentung zu setzen. Dies kommt dem Wunsch der älteren Arbeitnehmer entgegen, erhöht die Chancen jüngerer auf einen Arbeitsplatz und ist nicht zuletzt ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Rentenversicherung.“

I. Förderung der Teilzeitarbeit älterer Arbeitnehmer

Ein Kernpunkt des Gesetzentwurfs ist die Förderung der Teilzeitbeschäftigung älterer Arbeitnehmer. Zur Unterstützung des gleitenden Übergangs in den Ruhestand sind Förderleistungen aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit vorgesehen.

Mit Einfallsreichtum und Phantasie neue Altersteilzeitarbeitsplätze schaffen

1. Mit dem Gesetzentwurf soll eine zeitlich unbefristete Regelung zur Teilzeitbeschäftigung älterer Arbeitnehmer (Altersteilzeitarbeit) nach Vollendung des 55. Lebensjahres geschaffen werden. Diese Altersteilzeitarbeit ist Grundlage für die Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen für die neue Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeitarbeit.

2. Stockt der Arbeitgeber für Arbeitnehmer, die in den nächsten fünf Jahren in die Altersteilzeitarbeit eintreten, das Teilzeitarbeitsentgelt um 20 Prozent des Teilzeitbruttoentgelts (mindestens aber 70 Prozent des ehemaligen Vollzeit-Nettoentgelts) auf und entrichtet er Aufstockungsbeiträge zur Rentenversicherung auf der Basis von mindestens 90 Prozent des Vollzeitentgelts, so erstattet die Bundesanstalt für Arbeit dem Arbeitgeber diese Leistungen. Stockt der Arbeitgeber über die genannten Beträge auf, so zahlt die

Bundesanstalt Zuschüsse in Höhe der Mindestleistungen.

Der Aufstockungsbetrag in Höhe von 20 Prozent des für die Altersteilzeit gezahlten Brutto-Arbeitsentgelts ist steuer- und sozialabgabenfrei, so daß der alters- teilzeitarbeitende Arbeitnehmer in der Regel mindestens 70 Prozent seines ehe- maligen Vollzeitnettoarbeitsentgelts er- hält. Soweit in unteren Lohngruppen 70 Prozent nicht erreicht werden, wird ein entsprechend höherer Aufstockungs- betrag erstattet.

Voraussetzungen für die Erstattung dieser Leistungen des Arbeitgebers sind die Re- duzierung der Arbeitszeit des älteren Ar- beitnehmers auf die Hälfte der Vollzeitbe- schäftigung sowie die Wiederbesetzung des freiwerdenden Arbeitsplatzes durch ei- nen Arbeitslosen oder die Übernahme von Ausgebildeten. Die Leistungen der Bun- desanstalt werden für längstens fünf Jahre gewährt, und zwar vom Eintritt in die Al- tersteilzeitarbeit (frühestens ab Vollen- dung des 55. Lebensjahres) bis zum Bezug einer „Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeitarbeit“ oder einer anderen Altersrente als Teilrente oder Vollrente, längstens bis zum frühestmögli- chen Bezug einer Altersrente ohne Minde- rung.

Die Anhebung wirkt sich wie folgt aus:

Versicherte (Geburts- monat/-jahr)	Vollendung des 60. Lebensjahres	Altergrenze angehoben auf	Höhe der Rentenminderung bei Rente ab 60
Dezember 1937	Ende 1997	61	3,6%
Dezember 1938	Ende 1998	62	7,2%
Dezember 1939	Ende 1999	63	10,8%

II. Regelungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung

1. Die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit wird in eine „Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeitarbeit“ umgestaltet. Die Anspruchsvoraussetzungen können alternativ erfüllt werden durch Arbeitslosigkeit (wie nach geltendem Recht) oder durch eine mindestens 24monatige Altersteilzeitarbeit im Sinne des Gesetzes zur Förderung eines gleiten- den Übergangs in den Ruhestand. Hierbei kommt es nicht darauf an, daß während dieser Zeit Förderleistungen der Bundes- anstalt für Arbeit erbracht worden sind. Die neue Altersrente kann, wie alle Alters- renten, als Vollrente oder Teilrente kombi- niert mit Teilzeitarbeit in Anspruch ge- nommen werden.

2. Die Altersgrenze für die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Alters- teilzeitarbeit wird in den Jahren 1997 bis 1999 in Monatsschritten von 60 auf 63 Jahre angehoben. Für diese Renten wird damit die ohnehin ab dem Jahr 2001 auf- grund des Rentenreformgesetzes vorgese- henen Anhebung der Altersgrenzen vor- gezogen.

3. Zur Sicherstellung der Nahtlosigkeit zwischen Arbeitslosigkeit bzw. Altersteilzeit und Rentenbeginn ist während der Phase der Anhebung der Altersgrenze und danach eine vorzeitige Inanspruchnahme der „Rente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeit“ ab Vollendung des 60. Lebensjahres möglich. Um die verlängerte Rentenbezugsdauer auszugleichen, fällt die tatsächlich in Anspruch genommene monatliche Rente für jeden vorgezogenen Rentenmonat um 0,3 Prozent (3,6 Prozent pro Jahr) niedriger aus.

4. Die sich durch die längere Rentenbezugsdauer ergebende Minderung der monatlichen Rente kann durch zusätzliche Beitragszahlungen abgemildert oder ausgeglichen werden. Hierfür können und sollten auch Sozialplanmittel eingesetzt werden. Die zusätzlichen Beitragszahlungen können bereits vor Vollendung des 60. Lebensjahres erbracht werden. Ab Vollendung des 65. Lebensjahres ist diese Möglichkeit ausgeschlossen. Die zusätzlichen Zahlungen werden jeweils wirksam, wenn eine Neuberechnung der Rente erfolgt (erstmaliger Rentenbezug, Wechsel der Rentenart, Wechsel von Teil- und Vollrente), spätestens also mit Bezug einer Regelaltersrente ab 65.

5. Von der Anhebung der Altersgrenze für die „Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeitarbeit“ sind aus

Gründen des Vertrauensschutzes Versicherte ausgenommen, die vor dem 14. Februar 1996 das 55. Lebensjahr vollendet haben und die an diesem Tag bereits arbeitslos waren oder deren Arbeitsverhältnis aufgrund einer vor dem 14. Februar 1996 erfolgten Kündigung oder Vereinbarung beendet wird und die daran anschließend arbeitslos werden. Für den Montanbereich gibt es aus EG-rechtlichen Gründen Sonderbestimmungen.

Für die vom Vertrauensschutz in der Rentenversicherung erfaßten Personen sind auch die geltenden Regelungen in der Arbeitslosenversicherung über Dauer des Anspruchs, Anrechnung von Abfindungen und Erstattung von Leistungen weiter anzuwenden.

III. Finanzielle Wirkungen

Nach dem Gesetzentwurf ergeben sich für die Rentenversicherung bis zum Jahr 2003 Einsparungen in Höhe von rund 17 Mrd. DM, ansteigend von 0,5 Mrd. DM (1998) auf 5,5 Mrd. DM (2003). Diese Beträge sind als Einsparungen gegenüber dem geltenden Recht zu verstehen.

Die Kosten im Zusammenhang mit dem Vertrauensschutz ergeben sich nach dem geltenden Recht und würden auch ohne Neuregelung anfallen. Mit der Neuregelung wird aber ein weiterer Anstieg dieser Kosten verhindert. Die Einsparungen ergeben sich also unter Berücksichtigung der Vertrauensschutzregelung.

Zitat

Um NRW gut zu regieren, reicht es nicht, gut Skat spielen zu können. Wir stehen in NRW für eine Große Koalition zur Verfügung. Mit den Grünen schafft es die SPD nicht, die Probleme zu lösen. Rau singt das Lied „Friede, Freude, Eierkuchen“. In Wirklichkeit ge-

schieht nichts. Selbst wenn die Grünen beim Flughafen Dortmund einknicken oder ein fauler Kompromiß gefunden wird: Garzweiler II, Nachtflugverbot Köln/Bonn, A 44 – nichts ist entschieden. Rote und Grüne halten zusammen wie zwei Boxer, die die letzte Runde erreichen wollen, indem sie klammern.

Norbert Blüm im Kölner „Express“

Jochen Borchert:

Silberstreif am Horizont

Der Agrarbericht 1996 zeigt, daß die Einkommenslage in der Landwirtschaft nach wie vor schwierig ist – auch wenn 1994/95 die Gewinne wieder leicht angestiegen sind. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung, haben CDU und FDP die Aufwertungsfestigkeit der Ausgleichszahlungen und den aufwertungsbedingten Währungsausgleich gegen den massiven Widerstand der Opposition durchgesetzt und die Agrarsozialreform beschlossen.

Ist es nicht ein Trauerspiel, daß die erforderliche und dringend notwendige Anpassung der Vorsteuerpauschale fast gescheitert wäre? Gescheitert am Widerstand einiger Rot oder Rot-Grün regierter Länder, die unsere Bauern nicht zu ihrem Recht kommen lassen wollten. Auch das SPD-regierte Schleswig-Holstein ist aus der Solidarität für unsere Bäuerinnen und Bauern ausgebrochen. Allerdings – wen könnte es noch überraschen: Es paßt in den Geist des SPD-Antrages, der die Düngeverordnung als zu schwach beklagt, der die Ursachen für das Waldsterben den Bauern in die Schuhe schiebt. In welcher Welt leben wir eigentlich? Weiß denn die Opposition nicht, wie es auf den Bauernhöfen aussieht? SPD und Grüne kommen mit einem Rattenschwanz zusätzlicher ökologischer Wünsche. Aber: Kein Wort über Wettbewerbsfähigkeit, Leistungsfähigkeit oder Anspruch auf vernünftige Einkommen.

Der Agrarbericht 1996 beschreibt mit aller Deutlichkeit, daß man den Bauern nicht noch mehr Sonderlasten aufbürden kann. Zwar haben wir im Wirtschaftsjahr 1994/95 eine 10prozentige Einkommenssteigerung erreicht. Diese Gewinnsteigerung konnte jedoch die jeweils über sechs Prozent betragenden Einbußen der beiden vorange-

gangenen Jahre nicht ausgleichen. Der durchschnittliche Einkommensabstand der Landwirtschaft zur übrigen Wirtschaft hat sich zwar verringert, ist aber, gemessen an dem gewerblichen Vergleichslohn, immer noch groß. Der Verdienst der Bauern hat gerade wieder das Niveau vom Ende der 80er Jahre erreicht. Mit diesem Verdienst müssen die Landwirte aber bei ihren Einkäufen die Preise des Jahres 1996 zahlen, und daß bei Arbeitszeiten bis zu 60 Stunden in der Woche.

Die Landwirtschaft in Deutschland hat wie kein zweiter Berufsstand während der letzten Jahre strukturelle Anpassungen vollzogen, die sich weiter fortsetzen werden. Durchaus erfreulich ist, daß sich in den neuen Ländern die positive Einkommensentwicklung fortsetzt. Erfreulich ist auch, daß die Veredlungsbetriebe (Schweine und Geflügel) Gewinnzuwächse verbuchen konnten. Weniger erfreulich ist allerdings, daß die Veredlung in Ostdeutschland immer noch nicht die Trendwende geschafft hat. Weniger erfreulich ist auch, daß nur etwa 60 Prozent der Unternehmen in den letzten Jahren genügend Eigenkapital bilden konnten.

Einen großen Erfolg können wir in Deutschland ohne Abstriche herausstellen: Unsere Verbraucher können sich zu Recht darauf verlassen, daß unsere Nahrungsmittel gesund und von höchster Qualität sind. Der Agrarbericht 1996 zeigt einen Silberstreif am Horizont. Für die Bundesregierung gibt es kein Nachlassen in den Bemühungen um die Sicherung des Agrarstandortes Deutschland, die Erhaltung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung und die Stärkung einer leistungs- und wettbewerbsfähigen, markt- und umweltorientierten Landwirtschaft. ■

Neuer Kostenschub durch zügiges Handeln verhindern

Zur Finanzentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung

Bundesminister Horst Seehofer hat am 5. März 1996 die Zahlen zur Finanzentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vorgestellt.

Danach ist das Defizit der Gesetzlichen Krankenversicherung im letzten Jahr geringer ausgefallen als noch vor kurzem befürchtet wurde.

Die Krankenkassen verbuchten 1995 einen Ausgabenüberhang von rund sieben Milliarden Mark. Im 1.-3. Quartal lag das Defizit noch bei rund 7,5 Milliarden Mark. Die defizitäre Entwicklung hat sich in den letzten drei Monaten des Jahres 1995 in den alten Ländern deutlich verlangsamt und ist von 5,8 Milliarden Mark (1.-3. Quartal) auf rund 4,15 Milliarden Mark (1.-4. Quartal) zurückgegangen. In den neuen Ländern hingegen ist ein Zuwachs des Defizits von 1,7 Milliarden Mark (1.-3. Quartal) auf rund 2,85 Milliarden Mark (1.-4. Quartal) festzustellen.

Die Steigerungsrate bei den Leistungen je Mitglied betrug 1995 in den alten Ländern im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 4,3 Prozent, in den neuen Ländern 8,9 Prozent.

Das Defizit des Jahres 1995 hat seine Ursache zum einen in den niedrigen beitragspflichtigen Einnahmen, die in der GKV-West nur um 0,6 Prozent und in der GKV-Ost nur um 0,7 Prozent gestiegen sind. Dies hat seinen Grund vor allem in den Regelungen des Rentenreformgesetzes, das Koalition und Opposition 1989 gemeinsam beschlossen haben und das seit Anfang 1995 zu verringerten Beitragseinnahmen der Krankenkassen für die Bezieher von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Unterhaltsgeld führt. Hinzu kommt,

daß die Krankenversicherung höhere Beitragszahlungen für Krankengeldbezieher an Renten- und Arbeitslosenversicherung leisten muß. Insgesamt hat dies die Gesetzliche Krankenversicherung in 1995 in einer Größenordnung von ca. fünf Milliarden Mark belastet.

Rund zwei Milliarden Mark sind außerdem im vergangenen Jahr von den Krankenkassen zuviel gezahlt worden, weil die Vertragsabschlüsse sich 1995 an den im Februar 1995 geschätzten Grundlohnsteigerungen (1,7 Prozent in den alten und 3,5 Prozent in den neuen Ländern) und nicht an den tatsächlichen Steigerungsraten von 0,6 Prozent und 0,7 Prozent orientiert haben. Diese Abweichungen müssen 1996 von Krankenhäusern, Ärzten und Zahnärzten ausgeglichen werden und reduzieren das Defizit entsprechend.

Eine weitere Defizitursache ist der Krankenhausbereich, der trotz der erfreulichen Abflachung der Steigerungsrate im 4. Quartal aufgrund der hohen Steigerungsraten der beiden Vorjahre entscheidend zum Ausgabenübergang des Jahres 1995 beigetragen hat. Maßgeblich hierfür waren die gesetzlichen Budgetausnahmen. Weiterhin zeigen nach wie vor zu hohe Steigerungsraten bei Kuren, bei der Gesundheitsförderung (häufig Marketing-Maßnahmen der Gesetzlichen Krankenkassen) sowie Fahrkosten die Problemreiche der Ausgabenentwicklung auf.

Dreijahresbilanz Gesundheits-Strukturgesetz

Ohne diese Problemereiche und ohne den Verschiebehahnhof des Rentenreformge-

setzes hätten die Krankenkassen auch im Jahr 1995 schwarze Zahlen geschrieben und das Beitragsatzniveau spürbar senken können. Dies wird besonders deutlich in der Dreijahresbilanz, die die Ausgaben des Jahres 1995 denen des Jahres 1992 gegenüberstellt und mit der Entwicklung der Löhne und Gehälter der Versicherten vergleicht.

● Ärzte, Zahnärzte und Verwaltungskosten der Krankenkassen haben sich weitgehend im Rahmen der Entwicklung der Grundhöhe bewegt.

● Die Ausgaben für Zahnersatz und Arzneimittel liegen auch heute noch deutlich unter den Werten des Jahres 1992. Nach den deutlichen Budgetunterschreitungen 1993 und 1994 ist nach den heutigen Erkenntnissen in den alten Ländern auch 1995 eine Budgeteinhaltung zu erwarten – auch wenn eine endgültige Bilanz z. Z. noch nicht möglich ist. Dabei hat es keine Einschränkung in der Qualität der Versorgung von Medikamenten gegeben. In den neuen Ländern ist ein rückläufiger Trend ebenfalls erkennbar, auch wenn sich eine deutliche Budgetüberschreitung auf Grund der hohen Ausgangsbasis des ersten Halbjahres wohl nicht vermeiden läßt.

● Trotz der erfreulichen Abflachung der Ausgabensteigerung im Krankenhausbereich im Jahre 1995 bleibt es dabei, daß die Ausgaben für die stationäre Versorgung von 1992 auf 1995 auf Grund der zahlreichen Ausnahmeregelungen beim Budget mehr als doppelt so stark gestiegen sind wie die Löhne und Gehälter der Versicherten. Hätte sich die Ausgabenentwicklung für Krankenhäuser in den letzten drei Jahren im Rahmen der beitragspflichtigen Einnahmen bewegt, wären die Ausgaben für den Krankenhausbereich 1995 um rund 7,2 Milliarden Mark niedriger ausgefallen. Rechnet man Fahrkosten und Kuren hinzu, die sich im gleichen Zeitraum allein in den alten Ländern um 42 Prozent (Fahrkosten) und 34 Prozent

(Kuren) erhöht haben, so hätten wir in der Gesetzlichen Krankenversicherung heute in den alten und neuen Ländern rund 9,7 Milliarden Mark weniger an Ausgaben zu verbuchen.

Insgesamt bleibt die Gesamtbilanz nach drei Jahren Gesundheits-Strukturgesetz positiv. 13,4 Prozent betrug das Beitragsniveau in den alten Ländern zur Jahreswende 1992/1993. Bei 13,4 Prozent liegt das Beitragsniveau auch zur Jahreswende 1995/1996, wobei die Beitragssatzerhöhungen zum 1. Januar 1996 bereits berücksichtigt sind. Lediglich in den alten Ländern hat die Angleichung des Beitragsatzniveaus in Richtung der Größenordnung der alten Länder (von 12,5 Prozent auf 13,3 Prozent) stattgefunden. Als Fazit bleibt: Von der Gesetzlichen Krankenversicherung ist in diesem Zeitraum kein Druck auf die Lohnnebenkosten ausgegangen. Damit dies auch weiterhin so bleibt, müssen wir die Problembereiche der Ausgabenentwicklung wie die Krankenhäuser, Kuren und Fahrtkosten durch Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen in den Griff bekommen. Hierfür werden in den Gesetzentwürfen der Koalition die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen. In den übrigen Bereichen spricht alles dafür, der gemeinsamen Selbstverwaltung von Leistungserbringern und Krankenkassen den Vorrang vor einer Reglementierung durch den Gesetzgeber zu überlassen.

Perspektiven für 1996

Im Unterschied zum Krankenhausbereich bedarf es im ambulanten Sektor keiner kurzfristig wirksamen gesetzlichen Regelung zur Ausgabenbegrenzung. Die entscheidenden Voraussetzungen für Beitragsatzstabilität wurden mit den Empfehlungen der Konzertierte Aktion (vom 14. September 1995) geschaffen. Bei den

Groteske Diskussionen der SPD im Bundesrat zur Asylfrage

Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Sabine Bergmann-Pohl, stellte im Bundesrat zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes fest:

Es ist schon grotesk, wie die SPD zur Zeit argumentiert: Da wird auf der einen Seite – völlig unbegründet – die Einschränkung des Zuzuges von Aussiedlern gefordert. Auf der anderen Seite hat die SPD jahrelang eine vernünftige Lösung in Sachen Asyl blockiert. Dies hat dazu geführt, daß es Jahre dauerte, bis wir 1993 endlich den Asylkompromiß

treffen konnten. Aufgrund des jahrelangen Zögerns der SPD stehen wir heute vor der Tatsache: Der von 1986 bis heute zu verzeichnende Zuwachs von Sozialhilfeempfängern ist zu ca. 70 Prozent auf den Zuzug von Ausländern zurückzuführen. Unter den übrigen 30 Prozent zählt nur ein geringer Teil zu den Aussiedlern. Nun will die SPD an diesem kleinen Teil ansetzen – an Menschen, die z. B. in Rußland eine jahrzehntelange Leidensgeschichte durchlebt haben –, verschließt aber gleichzeitig vor den eigentlichen Problemen völlig die Augen.

jetzt anstehenden Vertragsverhandlungen kommt es darauf an, daß die Empfehlungen von den Beteiligten konsequent umgesetzt werden. Die Umsetzung der Empfehlung ist der Prüfstein für die Glaubwürdigkeit für die Selbstverwaltung. Dies bedeutet im einzelnen:

- Bei den Ärzten Orientierung an der Grundlohnentwicklung plus ein Prozent Zuwachs für neue Leistungen und zur Förderung des ambulanten Operierens.
- Bei Zahnärzten Grundlohnorientierung sowie Neubewertung von Kunststoff-Füllungen in einer vertretbaren Größenordnung, was nennenswerte Grundlohnüberschreitungen ebenfalls ausschließt.
- Bei Heil- und Hilfsmitteln keine Preisänderungen, die über den Grundlohnanstieg hinausgehen und zudem ein überproportionales Mengenwachstum im Jahr 1995 berücksichtigen.
- Bei stationären Kuren keine weiteren Steigerungen des Ausgabenniveaus in 1996.

● Bei Fahrkosten maximale Ausgabensteigerung bis zur Höhe der Grundlohnentwicklung.

Im Arzneibereich bleibt die Budgetierung auch weiterhin bestehen, so daß auch hier ohne Empfehlung der Konzierten Aktion eine Ausgabenbegrenzung sichergestellt ist.

Lediglich im Krankenhausbereich hat sich gezeigt, daß die Beteiligten nicht in der Lage waren, die Beschlüsse der Konzierten Aktion zu einer Ausgabenbegrenzung auf den Grundlohnzuwachs einzuhalten. Deshalb sind die ausgabenbegrenzenden Regelungen des Krankenhausgesetzes 1996 ebenso unverzichtbar wie ab 1997 die Vereinbarung regionaler Gesamtvergütungen für Krankenhäuser, wie sie sich in ähnlicher Form im ambulanten Sektor seit Jahren bewährt haben. Die Krankenhäuser brauchen jetzt Klarheit für ihre Pflegesatzverhandlungen, und in der gesetzlichen Krankenversicherung muß ein neuerlicher Kostenschub durch zügiges Handeln verhindert werden.

Mehr Gleichberechtigung und Chancengleichheit für Frauen

Zum ersten Mal liegt mit der Deklaration und der Aktionsplattform von Peking ein in sich geschlossenes Konzept zur Gleichberechtigung der Frauen vor. Daß über 450 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich zur nationalen Nachbereitungskonferenz der 4. Weltfrauenkonferenz in Bonn einfanden, kann als sicheres Zeichen dafür gesehen werden, daß konkretes Interesse besteht, diese, im September letzten Jahres von 189 Staaten verabschiedete, Plattform aufzunehmen, und nach Deutschland zu übertragen, „um bestehende Hindernisse der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Mädchen in allen Lebensbereichen zu beseitigen.“

Für die Verwirklichung werden sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Handlungsträger zu konkreten Aktionen aufgefordert. Auch die Bundesregierung hat sich mit der Verabschiedung der Plattform dazu verpflichtet, bis Ende 1996 mit allen gesellschaftlichen Mitteln nationale Strategien zur Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen aufzustellen. Aus diesem Grunde hatte das Bundesfrauenministerium Verantwortliche aus allen gesellschaftlichen Gruppen zur nationalen Nachbereitungskonferenz eingeladen. Dabei sollte nicht ein vollständig erarbeiteter Maßnahmenkatalog Ziel der Veranstaltung sein, sondern jeder Beteiligte sollte erkennen, wie er sich aktiv an der Umsetzung beteiligen kann.

In ihrer Eröffnungsrede nannte Bundesministerin Claudia Nolte die 4. Weltfrauenkonferenz einen Erfolg: das Treffen habe die weltweite Aufmerksamkeit auf die Situation der Frauen gelenkt. Die Zukunft der Frauen sei entscheidend für die Zukunft der Menschheit, denn ohne gleich-

berechtigte Teilhabe von Frauen an allen Ressourcen sowie an den politischen Entscheidungen könnten die zentralen Zukunftsprobleme nicht gelöst werden.

Erster der drei Schwerpunkte, die für die Verwirklichung der Beschlüsse von Peking in Deutschland gelegt worden sind, ist die Arbeitsmarktsituation für Frauen. Von den 4,27 Millionen Arbeitslosen in Deutschland seien die Frauen, vor allem in den neuen Bundesländern, besonders betroffen. Frau Nolte nannte die neuen Bestimmungen im Arbeitsförderungsgesetz einen „ersten Erfolg“: der Frauenanteil bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sei im vergangenen Monat von 33 auf 66 Prozent gestiegen; bei den Teilnehmern an beruflicher Fortbildung auf 63 Prozent. Deshalb forderte die Ministerin, daß die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen zum Zielkatalog der anstehenden Reform des Arbeitsförderungsgesetzes gehören soll. Dieser Gleichberechtigungsgedanke sollte auch in der anstehenden Überarbeitung des Vertragswerks der Europäischen Union stärker als bisher verankert werden.

Aber diese Instrumente der Arbeitsförderung allein würden nicht ausreichen: ein geteilter Arbeitsmarkt sei nicht hinnehmbar. Arbeitgeber und Gewerkschaften müßten ebenfalls mithelfen, damit Frauen die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten wie die Männer. Von zentraler Bedeutung sei hierbei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Flexible Arbeitszeiten oder Teilzeitarbeit wären mögliche Lösungen dieser Schwierigkeit.

Generell wurde festgestellt, daß Frauen trotz gleichwertiger Qualifikation nach wie vor auf leitenden Posten unterrepräsentiert sind. Nur jede zehnte Stelle ist im

„Gewalt beginnt im Kopf – setzen wir unser Signal dagegen!“

Mehr als 13.000 Bürgerinnen und Bürger aus der gesamten Bundesrepublik sprachen sich mit ihrer Unterschrift gegen Gewalt im Fernsehen aus. Die Unterschriftensammlung wurde diese Woche durch MdB Maria Böhmer, im Beisein von besonders engagierten Mithelfern, im Kanzleramt Staatsminister Anton Pfeifer überreicht.

Vor zwei Jahren begann die rheinland-pfälzische Bundestagsabgeordnete mit ihrer Kampagne „Gewalt beginnt im Kopf – setzen wir unser Signal dagegen!“ Damit soll gegen die zunehmende Flut der Gewalt und Sexdarstellungen im Fernsehen angegangen werden.

„Mein Bestreben war es, bei Kindern und Jugendlichen, aber auch bei deren Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern und besonders bei den Eltern der Kinder und Jugendlichen eine breite Diskussion anzustoßen“, erläuterte Maria Böhmer die Zielsetzung ihrer Ak-

tion. Gesetze allein würden angesichts der drastischen Veränderungen im Multimedia-Bereich nicht mehr ausreichen. Mit verschärften medienpädagogischen Anstrengungen und der Sensibilisierung der Öffentlichkeit sieht sie eine Möglichkeit, Kinder und Jugendliche vor exzessiven Gewalt- und Sexdarstellungen im Fernsehen zu schützen.

Wie breitenwirksam die Aktion „Gewalt beginnt im Kopf“ ist, belegen nicht nur die 13.000 Unterschriften: bisher wurden circa 8.000 Kampagnenhefte an Verbände, Kindergärten, Schulen, Jugendschutzämter, Kirchengemeinden und Privatpersonen verteilt. Zusätzlich wurden mehr als 380.000 „Rote Karten für TV“ bundesweit vergeben.

Im Oktober findet eine Anhörung zum Thema „Jugendschutz und Multimedia“ im Deutschen Bundestag auf Betreiben von Frau Dr. Böhmer statt, damit die Kampagne, die Proteste und die öffentliche Diskussion „unbedingt weitergehen“.

Fortsetzung von Seite 15

mittleren Management mit einer Frau besetzt, im Topmanagement sind die Zahlen weitaus niedriger. Gleichberechtigungsgesetze im öffentlichen Dienst seien laut Frau Nolte „wirkungsvolle Instrumentarien“, um diesen zweiten Schwerpunkt zu bessern; „es ist wünschenswert, daß auch in der Privatwirtschaft die Vorteile der Frauenförderung als Chance für beide Seiten erkannt wird“.

So sind im Medienbereich die Frauen auf leitenden Posten ebenfalls unterrepräsentiert. Frauen sollten mehr Einfluß auf die Gestaltung und Inhalte haben, denn nicht nur in bezug auf das Rollenverständnis der Geschlechter sind die Medien prägend für

die Gesellschaft. So könnte Gewalt gegen Frauen in den Medien z. B. als Konfliktlösungsmuster Nachahmung finden.

„Gewalt gegen Frauen“ ist der dritte Schwerpunkt der Nachbereitungskonferenz. Generell sollte Gewaltausübung ein gesellschaftliches Tabu sein, vor allem in der Familie. Daher wird gefordert, die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen, „die Ehe darf kein rechtsfreier Raum sein“. Auch ausländische Frauen müssen durch eine sachgerechte Härtefallregelung im Aufenthaltsrecht geschützt werden. Dabei sind die Frauen beim wirksamen Schutz gegen Gewalt abhängig von Polizei und Justiz, sie sind also vor allem darauf angewiesen, daß Männer mit in die Bekämpfung der Gewalt einbezogen werden.

Sportförderung:

Private Investoren können öffentliche Haushalte entlasten

Im CDU-Bundesfachausschuß Sport wurde am 4. März 1996 auch über die Situation der Sportförderung auf kommunaler Ebene diskutiert. Dazu erklärte die Vorsitzende des Bundesfachausschusses, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth:

Die Finanznot zwingt viele Städte und Gemeinden, Schwimmbäder zu schließen, Nutzungsgebühren für Sporthallen zu erheben und die Sportförderung insgesamt einzuschränken. An größere Investitionen im Sportstättenbereich ist derzeit in den meisten Kommunen nicht zu denken.

In Frankfurt würde die Minimal-Sanierung des Waldstadions, das seit 70 Jahren die zentrale sportliche und kulturelle Veranstaltungsstätte in der Rhein-Main-Region ist, im günstigsten Fall eine zweistellige hohe Millionensumme kosten. Dieses Geld ist auf absehbare Zeit nicht vorhanden. Die Stadt hat deshalb europaweit ein neues privat finanziertes Stadion ausgeschrieben und aus dem Kreis der Bewerber einen privaten Investor in die engere Auswahl gezogen, der ein multifunktionales Stadion errichten will.

Die Großstadion unserer deutschen Städte haben eine Nutzungsauslastung zum Teil von 30 bis 40 Tagen im Jahr. Diese Auslastung ist angesichts der hohen Investitions- und Unterhaltungskosten allein aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr vertretbar. Öffentliche Haushalte und Verwaltungen sind hierbei überfordert. Sie sind nicht in der Lage, die immer größeren qualitativen Anforderungen der Besucher, die höheren Sicherheitsstandards und den entsprechenden Auflagen, die Unterhaltungs-, Sanierungs- und Modernisierungskosten zu finanzieren

und die Anlage wirtschaftlich zu betreiben. Wir brauchen deshalb private Investoren. Sie sind am ehesten imstande, solche Anlagen zu bauen und durch multifunktionale Nutzung auch wirtschaftlich zu betreiben. Die Nutzungsrechte der Sportvereine können vertraglich abgesichert werden.

Der Bau eines multifunktionalen Großstadions verspricht einen großen Werbeeffect für die Stadt. Hinzu kommen wirtschaftliche Aspekte: Mehr Besucher und höhere Steuereinnahmen. Wenn sportliche und wirtschaftliche Interessen in Einklang gebracht werden, könnte diese Form der privaten Investition ein Weg sein, dem Sport zu nutzen, ohne die öffentlichen Haushalte zu belasten.

*

Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundtagsfraktion, Klaus Riegert, erklärte zur Debatte über den 8. Sportbericht der Bundesregierung:

Die SPD hat der Sportpolitik der Bundesregierung nichts entgegenzusetzen. Nach wie vor steht sie dem Leistungsgedenken ablehnend gegenüber, lehnt Eliten ab, will die Autonomie des Sports durch Bevormundung einschränken und Bürger am Sporttreiben in der freien Natur durch gesetzgeberische Maßnahmen hindern. Wie die SPD mit dem Sport umgeht, zeigt sich allerorts in den Kommunen und Ländern, wo sie Verantwortung trägt. Wenn gekürzt wird, dann zuerst beim Sport; wenn Gebühren erhöht werden, dann auf alle Fälle beim Sport.

Der Bundesminister des Innern hat die Beibehaltung der Etatansätze für den Spitzensport für 1997 zugesagt. Wir werden im Sinne unserer Athleten die erfolgreiche Sportpolitik der Bundesregierung weiter unterstützen. ■

Technikfeindlichkeit bringt unsere Gesellschaft nicht weiter

Die Mitglieder des CDU-Bundesfachausschusses für Bildung, Forschung und Kultur unter Vorsitz von MdL Herbert Reul informierten sich in Stuttgart über die Arbeit der Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg. „Die Akademie ist eine bundesweit einmalige Einrichtung mit Modellcharakter.“

„Es ist eine zentrale Aufgabe der Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg, eine kommunikative Kultur zwischen Wissenschaft und Politik, aber auch zwischen Wissenschaft und Bevölkerung auszubilden und zu fördern. Darüber hinaus soll sie die Bereitschaft in der Bevölkerung stärken, sich überhaupt mit wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen und deren Auswirkungen konfrontieren zu lassen“, erklärte Wissenschaftsminister Klaus von Trotha.

Hier leiste die Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg hervorragende Arbeit. Sie habe darüber hinaus auch die Aufgabe, eigenständige Technikfolgenforschung zu betreiben und diese Folgen abzuschätzen und zu bewerten. Von besonderer Bedeutung, so von Trotha, sei, daß die Akademie sachlich unabhängig ist und durch ihre Rechtsform als Stiftung des öffentlichen Rechts ein hohes Maß an Selbstbestimmung gesichert sei. Der Zusage des Landes zu den Aufwendungen der Akademie erfolge frei von inhaltlichen Vorgaben. Stiftungsrat und Kuratorium beraten und beschließen die zu bearbeitenden Themenfelder und Projekte selbständig.

Um die zum Teil mehr emotional als rational geführten Diskussionen über die Folgen bestimmter Technologien wieder auf die Ebene eines rationalen Diskurses

zurückzubringen, seien nach Auffassung von Wissenschaftsminister Klaus von Trotha drei Dinge besonders zu beachten:

- Wissenschaft und Technik müßten sich den Anforderungen der Umwelt und einer zunehmend kritischen Öffentlichkeit stellen. Dies setze auch die Diskussionsfähigkeit der Wissenschaftler und Forscher an den Universitäten, Instituten und auch in den Unternehmen voraus.

- Technische Entwicklungen stoßen zunehmend nur dann auf gesellschaftliche Resonanz, wenn sie ökonomisch, sozial-ökologisch und ethisch vertretbar seien. Dabei sei es nicht nur Aufgabe der Wissenschaftler, sondern aller gesellschaftlicher Kräfte, sich um einen Konsens um akzeptable Innovationen zu bemühen und damit einen Beitrag zur Technikgestaltung zu leisten.

- Um die Risiken moderner Technik zu minimieren und deren Chancen zu nutzen, sei ein breiter öffentlicher Diskurs über Technikfolgen erforderlich. Aufgabe der Politik sei es hierbei, die Rahmenbedingungen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben abzustecken.

Die Mitglieder des Bundesfachausschusses für Bildung, Forschung und Kultur zeigten sich an den einzelnen Themenfeldern, die die Akademie im Jahr 1996 bearbeitet, sehr interessiert.

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Herbert Reul, meinte, die grundlegende Arbeit der Technikfolgenakademie Baden-Württemberg könne auch die Diskussionen in anderen Ländern und auf Bundesebene um wertvolle Beiträge bereichern. Eine Diskussion über Chancen und Risiken neuer Innovationen sei im ganzen Land nötig. ■

Erweiterung der Europäischen Union bleibt auf der Tagesordnung

Als politische Notwendigkeit und historische Chance hat der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering (CDU), die Erweiterung der Europäischen Union um die Länder Mitteleuropas, die einen Beitrittswunsch ausgesprochen haben, sowie Zyperns und Maltas bezeichnet.

Anlässlich einer Konferenz der christlich-demokratischen und konservativen Fraktionsvorsitzenden der nationalen Parlamente mit den Abgeordneten der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament am 4. und 5. März 1996 in Brüssel erläuterte Pöttering, der die Arbeitsgruppe „Erweiterung der Europäischen Union“ von EVP und EVP-Fraktion leitet, die politischen Leitlinien der anstehenden Osterweiterung der Europäischen Union.

Die Vorbereitung der Osterweiterung werde eine der gewaltigsten Herausforderungen für die europäische Politik und stehe auch im Zusammenhang mit der Regierungskonferenz zur Revision des Maastrichter Vertrages, die am 29. März in Turin eröffnet wird, erklärte Pöttering. Eine Erweiterung der Union sei nicht denkbar ohne die Reform ihrer Entscheidungsstrukturen, da nur so Handlungsfähigkeit, Transparenz und Demokratie der Gemeinschaft auch in Zukunft sichergestellt werden könnten. Hierzu müsse auch die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten intensiviert werden. Pöttering geht davon aus, daß die Regierungskonferenz erst nach den britischen Wahlen 1997 und vor Beginn der anstehenden Entscheidungen über die Teilnahme an der Währungsunion Anfang 1998 abgeschlossen sein werde. Gleichzeitig werde man auch über die Finanzreform der Gemeinschaft nach-

denken müssen, da der derzeit laufende finanzielle Rahmen 1999 auslaufen werde. Auch in diesem Zusammenhang müsse die Osterweiterung mitberücksichtigt werden.

„Die Erweiterung darf nicht lediglich zu einer großen Freihandelszone führen“, erklärte Pöttering. „Vielmehr halten wir an einer Gemeinschaft mit föderalem, d. h. nicht zentralistischem Aufbau fest.“ Der Europäische Rat in Kopenhagen (1993) und Essen (1994) habe wichtige Impulse zur Heranführung der assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas, einschließlich finanzieller Hilfen und eines politischen Dialogs gegeben. Die EVP habe darüber hinaus immer wieder auf die Achtung der Menschenrechte und den Schutz der Minderheiten als Voraussetzung künftiger Erweiterungen hingewiesen. In vielen Bereichen konnte bereits im Rahmen des strukturierten Dialogs eine Annäherung der Länder Mittel- und Osteuropas an die Union festgestellt werden.

Pöttering warnte davor, die Frage der finanziellen Belastung zur allein entscheidenden Frage des Beitritts der Länder Mittel- und Osteuropas zu machen. Politisch sei ein möglichst frühzeitiger Beitritt - nach Reform der Europäischen Union - wünschenswert. Allerdings müsse mit langen Übergangszeiten in einzelnen Bereichen gerechnet werden. Auf diese Weise sei eine graduelle Integration dieser Länder in die Union möglich. Pöttering nannte das Beispiel Polens und sagte „Europa hat eine politische und moralische Verpflichtung, Polen aufzunehmen“. Polen habe einen langen Leidensweg in der Geschichte hinter sich und seit 1989 neue Hoffnung geschöpft, Europa anzugehören. Auch müsse jedes Land, das diesen Wunsch äußere, der NATO beitreten können. ■

„Parlamentsreform“: Effizienter, transparenter, bürgernäher

CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament legt Abschlußbericht vor

„Eine Verzettlung und Vergeudung unserer begrenzten Kräfte und Ressourcen durch blinden Aktivismus, durch Deklamationen-Inflation und UNO-Imitation können wir uns nicht mehr erlauben“ bekräftigt Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (EP).

Er und der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft „Parlamentsreform“, Klaus-Heiner Lehne MdEP, veröffentlichten jetzt die Ergebnisse ihrer achtmonatigen Arbeit. Hierbei betonten sie, daß das von ihnen verfaßte Papier ein Diskussionsbeitrag sei, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben würde.

Die dem Europäischen Parlament durch den Vertrag von Maastricht zusätzlich eingeräumten Rechte und die Erweiterung der Europäischen Union von sechs auf nunmehr fünfzehn Staaten seien dringende Argumente dafür, daß die inneren Strukturen des Europäischen Parlaments den neuen Gegebenheiten angepaßt werden müßten. Daher wurde von der CDU/CSU-Gruppe im Frühjahr 1995 eine Arbeitsgruppe eingerichtet mit der Aufgabe, das dringliche Thema der Parlamentsreform aufmerksam zu verfolgen. Hiervon versprach sich die CDU/CSU-Gruppe im EP eine erhebliche Effizienzsteigerung der Arbeit im Europäischen Parlament.

Der Abschlußbericht der Arbeitsgruppe „Parlamentsreform“ ist in die fünf Schwerpunktthemen Plenarsitzung, Fraktionsarbeit, Position der Abgeordneten, Parlamentsverwaltung und Legislativtätigkeit gegliedert.

Neben konkreter Kritik an der unprofessionellen parlamentarischen Geschäfts-

führung und den elementaren Mängeln in der Geschäftsordnung, werden vor allem die Arbeitszeiten beanstandet. Um die Produktivität der Tagungswochen in Straßburg und Brüssel sowie der Arbeit in den eigenen Wahlkreisen zu verbessern, schlägt die AG vor, daß Plenar- und Fraktionswochen zusammengelegt werden, damit die Abgeordneten unter anderem mehr Zeit für die Basisarbeit hätten.

Ferner sei es nicht länger hinnehmbar, daß die Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments durch zeitraubende und zum Teil unsinnige ‚Dringlichkeiten‘ behindert würden. ‚Dringlichkeiten‘ sollten daher künftig nur noch in wichtigen Ausnahmefällen behandelt werden. Vor allem sollten alle Texte grundsätzlich vor der Abstimmung mindestens in den drei Hauptsprachen (englisch, französisch, deutsch) vorliegen. Innerhalb der Europäischen Volkspartei-Fraktion (EVP) sollen Arbeitsgruppen zur internen Vorbereitung und Abstimmungen der Arbeit in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments eingerichtet werden.

Zusätzlich sei nach wie vor die Stellung der Europaabgeordneten unbefriedigend geregelt: eine einheitliche europäische Regelung über die Rechtsstellung der Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) müsse ebenso wie ein einheitliches Wahlrecht zum Europäischen Parlament geschaffen werden, damit es nicht wie bisher große Unterschiede zwischen den einzelnen MdEP – je nach Herkunftsland – gibt. Als Ziel sieht die CDU/CSU-Gruppe für das Europäische Parlament die Forderung: „effizienter, transparenter, bürgernäher“.

Gerster: „Mut zur Erziehung!“

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik veranstaltete am 7. März im Mainzer Hilton-Hotel ein Hearing zum Thema „Zukunft ohne Werte? Gemeinsinn stärken – Rechtsbewußtsein schärfen – Verantwortung annehmen“.

Unter der Moderation des Ausschußvorsitzenden Johannes Gerster diskutierten Dr. Renate Köcher (Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach), Dr. Norbert Hämmerer (Schulleiter des Bischöflichen Gymnasiums/Realschule Willigis, Mainz), Winfried Hartenberger (Erster Kriminalhauptkommissar, Polizeipräsidium Koblenz), Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind (Kriminologe, Vorsitzender der Anti-Gewalt-Kommission der Bundesregierung, Universität Bochum) und Dieter Weirich (Intendant der Deutschen Welle).

Frau Dr. Köcher berichtete von ersten Anzeichen eines Umdenkens in der Gesellschaft hin zu einer Stärkung der Wertevermittlung. So wachse insbesondere der „Prägewille junger Eltern“. Dr. Hämmerer

stellte die Schwierigkeiten in der Erziehungsarbeit der Lehrer dar. Schule könne nur diejenigen Werte vermitteln, die von der Gesellschaft geprägt werden. Prof. Schwind führte aus: Noch nie sei eine Generation von Kindern soviel Außeneinflüssen ausgesetzt gewesen – und zugleich häufig emotional so alleingelassen wie heute. Dieter Weirich argumentierte, daß weniger die im Fernsehen gezeigte Gewalt das Problem sei, sondern die nichtgezeigten Konsequenzen.

Winfried Hartenberger forderte gemeinsame vorbeugende Projekte zwischen Schule, Sozialpädagogen und Polizei, damit die Polizei nicht erst einschreiten müsse, wenn es zu spät sei.

Frau Dr. Köcher bekräftigte die Feststellung von Johannes Gerster, daß die Familien selbst Verantwortung für eine wertorientierte Erziehung tragen. Frau Dr. Köcher: „Die Bevölkerung glaubt mehrheitlich, Wertewandel könne am ehesten durch die Eltern bewirkt werden.“



Stifter, Sponsoren, Mäzene – Retter von Kunst und Kultur?

Mehrere namhafte Vertreter aus Kultur und Wirtschaft folgten der Einladung der Kulturbeauftragten Erika Steinbach zum 2. Venusberggespräch, das im Rahmen der Kulturgesprächsreihe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stattfand. Bekanntester politische Teilnehmer war der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble. Zu dem Thema „Zum Golde drängt, am Golde hängt doch alles!“ – Stifter, Sponsoren, Mäzene – Retter von Kunst und Kultur? berieten sich die Beteiligten, wie private Investitionen für Kunst und Kultur genommen werden können.

Noch gewährleistet die öffentliche Kulturförderung durch Bund, Länder und Kommunen die Grundversorgung an künstlerischen und kulturellen Bedarf. Besonders nach der deutschen Wiedervereinigung hat die öffentliche Hand mit 3,6 Mrd. DM zur Erhaltung des mittel- und ostdeutschen Kulturerbes und -landschaften beigetragen. An eine Ausweitung der Kulturförderung ist jedoch aufgrund der Überlastung der öffentlichen Haushalte kaum zu denken. Im Gegensatz dazu steigen die Ansprüche der Bürger, so daß in absehbarer Zeit jene Bedürfnisse vom Staat nicht mehr befriedigt werden können. Zusätzlich wächst in der Bevölkerung der Wunsch, daß der Staat nicht mehr für alle öffentlichen Aufgaben zuständig sein soll.

Privates Engagement

Erfreulicherweise nimmt andererseits die Bereitschaft von Privatpersonen und Unternehmen sich im Kunst- und Kulturbereich

reich zu engagieren zu – wenn die staatlichen Grundvoraussetzungen den Förderern entgegenkommen. Kunst-, Kultur- und Stifterverbände haben bereits einige Vorschläge unterbreitet, wie privates Kapital für Kultur bereitgestellt werden könnte.

Mehr Kultursponsoring

Zunehmend fließen Gelder aus Unternehmen in die sog. „Kultursponsorings“, die nach dem Prinzip „Leistung und Gegenleistung“ ablaufen. Im letzten Jahr flossen 360 Millionen DM in diesen Zweig. Kultur steht somit hinter Sport an zweiter Stelle für Sponsoringbereiche. Die CDU/CSU-Kulturbeauftragte Steinbach fordert dazu auf, daß „Kunst und Kultur Möglichkeiten ausloten, noch stärker am Sponsoring teilnehmen zu können, ohne Qualitätseinbußen zu erleiden“. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist sich hierbei bewußt, daß private Gelder die öffentliche Kulturförderung nicht ersetzen können oder sollen – vor allem darf es auf Grund dessen nicht zu Kürzungen der staatlichen Förderungen kommen.

Das 2. Venusberggespräch bot die Gelegenheit, sich zu diesem Thema untereinander auszutauschen. Grundtenor der Diskussion war der Wunsch nach einer Weiterentwicklung eines „kulturfreundlichen Steuer- und Spenderechts“. Dabei steht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion diesen Vorschlägen aufgeschlossen gegenüber und will prüfen, ob sich die Vorschläge angesichts der angespannten Haushaltslage realisieren lassen.

Peter Hintze stellte sich im Internet kritischen Fragen

Einem Bürgergespräch ganz anderen Art stellte sich am Dienstag, dem 5. März, Generalsekretär Peter Hintze. Als erster Politiker beantwortete er für mehr als eine Stunde Online, im Internetprogramm der CDU, Fragen der internationalen Öffentlichkeit. Damit eröffnete er gleichzeitig das Diskussionsforum der CDU im Internet: <http://www.cdu.de>.

Die Tageszeitung DIE WELT widmete diesem Ereignis einen dreispaltigen Bericht, in dem sie u.a. schreibt: „Ursprünglich hatte er (der Generalsekretär) sich eine Stunde Zeit nehmen wollen. Daß daraus am Ende mehr als zwei wurden, spricht für die Ernsthaftigkeit, mit der sich der Generalsekretär dieser neuen Aufgabe stellte. So behandelte er denn auch die Fragen, als würden sie im Rahmen der Bundespressekonferenz vorgetragen: Ein Mann aus Hamburg wollte beispielsweise wissen, was die CDU von den Vorschlägen des wirtschaftspolitischen Sprechers der Unionsfraktion, Gunnar Uldall, zur Steuervereinfachung halte? „Sehr interessant“, lautete die Antwort, die ein Regierungssprecher nicht hätte besser formulieren können.“

Das Diskussionsforum der CDU wird seit seinem Start eifrig genutzt. Die Besucher setzten sich ernsthaft und häufig

sehr ausführlich mit Themen aus dem Bereich: Wirtschaft, Arbeit, Zukunft, auseinander.

Wichtige Anregungen werden auf beiden Seiten ausgetauscht. Fachreferenten der verschiedenen Abteilungen des Konrad-Adenauer-Hauses beziehen in dem Forum Stellung und bringen die Position der CDU in die Diskussion ein.

Wann macht Ihr das noch mal?

„Die direkte Kommunikation zwischen CDU-Politikern – weitere Internet Foren sind geplant – und Bürgern macht den Reiz des neuen Online-Angebotes der CDU aus.“ (Welt) Dafür sprechen auch die häufigen Anfragen: „Wann macht ihr so etwas, wie mit dem Generalsekretär, noch mal?“ oder „Wann kommt Hintze wieder ins Forum?“

Das positive Echo auf das Diskussionsforum bestätigt den Weg, den die CDU hier eingeschlagen hat. Eine Möglichkeit wurde eröffnet, die jedem – sofern er über einen Internetzugang verfügt und das sind weltweit bereits über 35 Millionen Menschen – die Gelegenheit gibt, sich direkt mit unserer Politik auseinander zu setzen.

Wann hat man sonst schon die Gelegenheit, mit Politikern persönlich zu diskutieren?

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c= de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Daß auch Kochbücher einem guten Zweck dienen können, beweist das neue Kochbuch von Hannelore Kohl: Die „Kulinarische Reise durch deutsche Lande“. 350 Spezialitäten von der Waterkant bis zum Bodensee sind darin auf fast 240 Seiten

„Kulinarische Reise durch deutsche Lande“

zusammen-gestellt, je-weils reich bebildert und verständlich zum Nach-kochen auf den Punkt gebracht. Sechs Mark pro verkauftem Exemplar fließen an die Hannelore Kohl-Stiftung für Unfallopfer zur Förderung der Rehabilitation Hirnverletzter. Die Hannelore Kohl-Stiftung wurde vor zwei Jahren anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des KURATORIUMS ZNS gegründet und schafft die finanziellen Grundlagen, um Wissenschaft und Forschung kontinuierlich und auf Dauer zu fördern.

Zentrale Aufgabe des KURATORIUMS ZNS ist die Unterstützung von Rehabilitationseinrichtungen durch die Finanzierung wertvoller diagnostischer und therapeutischer Geräte. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen also praxisorientierte Hilfen für schädelhirnverletzte Patienten.

Tag für Tag erleiden fast hundert Menschen schlimme Schicksalsschläge, etwa durch Unfälle im Straßenverkehr mit langanhaltenden Schäden des zentralen Nervensystems. Oft sind diesen Menschen plötzlich einfache Handgriffe nicht mehr möglich. Diesen Unfallopfern will die Hannelore Kohl-Stiftung durch eine effektive Forschungsförderung helfen.

Die „Kulinarische Reise durch deutsche Lande“ ist das schmackhafte Ergebnis vieler Reisen von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und seiner Frau durch unser Land. Der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende hat wesentlich zum Erfolg des Buches beigetragen: Mit seinen Einführungen zu den neun kulinarischen Regionen stimmt er auf Land und Leute ein. Informativ und unterhaltsam berichtet der Bundeskanzler über die Kultur

der Landstriche und der sie prägenden Menschen, über Traditionen und geschichtliche Hintergründe.

Bei der kulinarischen Reise kommen zum Beispiel Naschkatzen mit Roter Grütze oder Dresdner Christstollen genauso auf ihre Kosten wie „Kohl-Fans“ mit vielseitigen Kohl-Rezepten. Aber auch andere Geschmäcker werden reichlich be-

dient. Sie können – um nur einige auserwählte Gerichte zu nennen – je nach regionaler Vorliebe zwischen Sauerländischem Lorbeerbraten, Hessischer Kartoffeltorte oder Allgäuer Kässüpple wählen.

Staffelpreise für „Kulinarische Reise durch deutsche Lande“ herausgegeben von Hannelore Kohl, Verlag Zabert Sandmann

Der Einzelpreis für das Buch beträgt 39,80 DM.

Es werden folgende Rabatte als Mengenstaffel gewährt:

Exemplare Rabatt

Preis pro Einzelexemplar

ab 10	5 %	37,81 DM
ab 25	10 %	35,82 DM
ab 50	15 %	33,83 DM

Das Buch ist zu bestellen bei:
ZS Verlag, Zabert Sandmann GmbH
 Frau Petra Schwarz, 80323 München
 Tel. (0 89) 55 41 53/54
 Fax (0 89) 5 50 18 91

Ich bestelle hiermit Exemplare
„Kulinarische Reise durch deutsche Lande“

Hrsg. Hannelore Kohl

Mit Texten von Helmut Kohl

Ca. 240 Seiten.

Laminierter Pappband.

Bestell-Nr.: 38/87. ISBN 3-924678-87-1

CDU am Ball

Das Fußballereignis des Jahres findet in diesem Jahr in England statt. Vom 8. bis 30. Juni spielen die 16 besten Nationalteams Europas um den EM-Titel. Und die CDU ist mit am Ball mit dem EM-Kalender 1996. Das Vorwort von Bundeskanzler Helmut Kohl, ausführliche Informationen über unsere Mannschaft, unsere Gegner und den Spielmodus finden Sie dort selbstverständlich, ebenso natürlich die Spielpläne. Der EM-Kalender bietet aber noch mehr: Ein Preisanschreiben mit attraktiven Gewinnen. Greifen Sie jetzt zu und zeigen Sie, daß die CDU immer am Ball ist.

Der EM-Kalender ist ab sofort beim IS-Versandzentrum, Postfach 11 64, 33759 Versmold, Fax (0 54 23) 4 15 21, abrufbar.

Bestellnummer: 2137
 Verpackungseinheit: 500 Exemplare
 Verkaufspreis je Einheit: 40,- DM

Fußball-Europa-meisterschaft

**8. bis 30. Juni 1996
 England**



CDU

›News‹ zur Fußball-EM

Die **deutsche Mannschaft** wird **in Manchester im Mottram Hall Hotel**, nur 22 km vom Stadion entfernt, wohnen. Das Haus hat 133 Zimmer und liegt **in einer Golfanlage**.

Das Stadion „**Old Trafford**“ in **Manchester**, in dem die deutsche Mannschaft ihre Vorrundenspiele austrägt, ist mit einer Kapazität von 55.300 Zuschauern das **zweitgrößte Stadion** in England.

Die **gelben Karten** aus den Qualifikationsspielen **behaltens ihre Gültigkeit**. Das bedeutet, daß die Nationalspieler Jürgen Klinsmann und Steffen Freund im ersten Spiel der Vorrunde Deutschland gegen Tschechien gesperrt sind.

Für die EM 1996 stehen insgesamt **1,3 Millionen Karten** zur Verfügung. Jedes Teilnehmerteam erhält pro Spiel 7.000 und für das Finale 11.000 Tickets.

Schöpfung bewahren

Das neue Umweltmagazin der CDU Deutschlands gibt auf 36 Seiten einen Überblick über die umweltpolitischen Erfolge der CDU-geführten Bundesregierung. Große Fotos und prägnante Texte informieren und regen zugleich zum Nachdenken über das persönliche Umweltverhalten an.

Der Themenbogen ist weit gespannt. Das Magazin greift alle relevanten Umweltthemen auf: die Klimaentwicklung, die Abfallentsorgung, die moderne Energiegewinnung und umweltfreundliches Bauen ebenso wie den Landschaftsschutz und den Wirtschaftsfaktor Umwelttechnologie.



In der Umwelttechnologie ist Deutschland Spitze. Schon heute haben sich mehr als 4 000 Firmen auf diesem Gebiet spezialisiert. 700 000 Menschen sind hierzulande im Umweltschutz tätig, davon 400 000 in der Produktion von Umweltschutzgütern. Bei Fortsetzung des marktwirtschaftlichen Ansatzes der Umweltpolitik und der bisherigen Dynamik können 1,1 Millionen Arbeitsplätze – vor allem in mittelständischen Betrieben – entstehen.

Die Politik der CDU bedeutet Verantwortung für die Zukunft. Sie wird in dem neuen Umweltmagazin eindrucksvoll präsentiert.

Bestellnummer:
2130

Verpackungseinheit:
25 Exemplare
Preis je
Verpackungseinheit:
22,50 DM

CDU

Wachstum ohne Ende



Ein Rapsfeld in Deutschland. Legendäres Mühlstein in Kirschblau. Bei jeder Ernte bringt so ein Baum gut 4 Zentner. Was die Vögel nicht wegfreisst, erntet der Mensch. Nahrung, die immer wieder nachwächst. Jahr für Jahr. Ein ewiger Kreislauf. Mutter Natur läßt ihre Kinder nicht im Stich. Und der Rapsacker? Ein Erntefeld per. Die nährreichste Tankstelle der Welt: Zu Treibstoff verarbeitet, leistet er ein Auto voranbringen. Bei guter Ernte bringt so ein Hektar 100.000 Kilometer Fahrleistung. Damit könnte man zweieinhalbmal um den Äquator fahren. Natürlich hat noch nie ein Mensch mit einem Auto den Äquator umfahren. Um das noch. Auch der Rückkehr wird der Raps wieder nachgewachsen. Einfach so. Die Erde läßt nie recht im Stich.

Hier stehen 4 Zentner Kirschen und 100.000 km Fahrleistung

NEU IM ANGEBOT!

Familienleistungsausgleich, Erwerb von Wohneigentum, Mutterschutz – dies sind nur einige Beispiele für weiter verbesserte familienpolitische Leistungen der Bundesregierung. Die Neuregelungen in der Familienpolitik hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle in einem Faltblatt zusammengefaßt. Anschaulich und mit Beispielen versehen werden die einzelnen Bereiche vorgestellt.

Bestellnummer: 2131
Verpackungseinheit: 100 Exemplare
Preis je Verpackungseinheit: 20,- DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 1164
33759 Vermold • Fax (0 54 23) 4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

Nachrichten für Familien!

... **F**amilienleistungs-

ausgleich ...

... **E**rwerb von

Wohneigentum ...

... **M**utterschutz ...

CDU

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN



GEMEINSAM FÜR DEUTSCHLAND

Wirtschaft stärken Arbeitsplätze schaffen

ANTWORTEN

- Mehr Existenzgründungen
- Leistungsfreundliche Steuern
- Solide Finanzen
- Sicheres soziales Netz
- Moderne Wirtschaft
- Schlanker Staat

CDU

Gemeinsam für Deutschland

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat zur Kampagne „Gemeinsam für Deutschland“ eine Reihe von Materialien erstellt, die ab sofort verfügbar sind. Das Magazin ist beim

IS-Versandzentrum

Postfach 11 64

33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21

erhältlich.

Bestell-Nr.: 2146

Verpackungseinheit: 100 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 20,- DM.

Darüber hinaus sind Arbeitsmaterialien erstellt, die Hintergründe und Argumentationsbeihilfen beinhalten:

– **Vorrang für Beschäftigung**

– **Sparen und Gestalten**

Diese sind – solange der Vorrat reicht – bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Fax (02 28) 5 44-4 82, erhältlich.

In diesen Tagen erhalten die Kreisverbände eine Wandzeitung und – entsprechend ihrer Vorabbestellungen – ein DIN-A1-Plakat zur gleichen Kampagne.

UID

9/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 5 44 0, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.